



Parlament kritisiert die Lage in Burma und fordert die Freilassung von Aung San Suu Kyi

Am Donnerstag dem 11. Februar kam es bei der Plenarsitzung in Straßburg zu einer Aussprache zur Lage in Burma, wo die Menschenrechte besonders stark unter dem Regime der dortigen Militärjunta leiden. Die zur Symbolfigur für Demokratie und Freiheit aufgestiegene Präsidentschaftskandidatin und Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wird in Burma von den Militärs seit zwanzig Jahren unter strengem Hausarrest gehalten.

In der Aussprache zur Lage in Burma sind sich alle Parlamentarier in Bezug auf die Wahrung der Menschenrechte einig und verurteilen die Haltung der Militärjunta. "Was die Achtung der Menschenrechte angeht, gehört Burma zu den empfindlichsten Staaten der Erde. Die Situation scheint sich nicht zu verbessern," sagt die konservative Abgeordnete Eija-Riitta Korola aus Finnland.

Ihr britischer Kollege Charles Tannock verteidigte zudem die stete Kritik des Europaparlaments, so zahnlos sie auch einigen Beobachtern scheinen mag. "Die Generäle können vielleicht unsere Kritik ignorieren, aber das macht sie nicht weniger wichtig, denn als Demokraten haben wir die hohe Pflicht solche Brutalitäten zu verurteilen, ungeachtet dessen, wo sie auf der Welt stattfinden."

Freie Wahlen für Burma

Die Lage der wenigen verbliebenen politisch aktiven Menschen in Burma ist recht verzweifelt. Die letzten aus in freien Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten wurden entweder verhaftet oder zum Rücktritt gezwungen. Im Lande gibt es derzeit über zwei Tausend politische Gefangene. Jegliche Wahlen würden gegenwärtig nur dazu dienen, das Militärregime in seiner Position zu stärken und fünf Jahrzehnte Diktatur zu legitimieren, sagte in diesem Zusammenhang die belgische Sozialdemokratin Véronique de Keyser in der Debatte.

Unruhen im Land

Unterdessen verschlimmert sich die Lage im Land zusehends. Im Jahr 2009 wurden bei Kämpfen mit der Militärjunta über 10.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben, darunter viele Mitglieder der ethnischen Minderheit der Karen, die im benachbarten Thailand Zuflucht gefunden haben. Das Parlament begrüßte die Haltung der thailändischen Regierung, dem burmesischem Drängen auf Rückführung der Karen nicht stattzugeben.

Einstimmiger Parlamentsbeschluss

In einer einmütigen Erklärung fordern die Europaparlamentarier die Freilassung der unter Hausarrest stehenden Dissidentin Aung San Suu Kyi, sowie die Respektierung der Versammlungsfreiheit in Burma. Außerdem soll die Militärjunta darauf achten, dass Zivilisten bei den Kämpfen mit der demokratischen buddhistischen Armee der Karen geschont werden.

Fakten zu Burma

- 1948: Unabhängigkeit, seit 1962 Militärdiktatur
- 1989: Aung San Suu Kyi wird unter Hausarrest gestellt
- 1990: Die Nationale Liga für Demokratie (Partei von Aung San Suu Kyi) gewinnt die ersten Wahlen seit 30 Jahren. Das Wahlergebnis wird annulliert.
- 2006: Burma wird wegen dem Einsatz von über 800,000 Zwangsarbeitern vor ein internationales Gericht gestellt
- 2007: Von Mönchen angeführte Proteste werden vom Militär gewaltsam unterdrückt.
- 2008: Im Mai zerstört der Zyklon Nargis weite Teile des Landes, über 200,000 Tote und Vermisste
- 2010: Neue Wahlen werden angesetzt.